

Die Auslieferungsschmach.

* Die Auslieferungsliste ist eingetroffen. Aus Paris wird unter dem 8. Februar gemeldet: Gestern Abend gelangte die Liste der von den Alliierten zur Auslieferung verlangten Personen zur Verteilung. Die Liste umfaßt 194 Seiten und zerfällt in 7 Listen. Die erste umfaßt die von England geforderten Personen mit der Zahl von 100, die zweite die von Frankreich geforderten mit 334 Namen, die dritte die von Italien geforderten mit 29 Namen, die vierte die von Belgien geforderten mit 334 Namen, die fünfte die von Polen geforderten mit 53 Namen, die sechste die von Rumänien geforderten mit 41 Namen, die siebente die von Jugoslawien geforderten mit 4 Namen. — Die Vorkonferenz hat in ihrer gestrigen Vormittagsitzung den Text der Begleitnote zur Liste der Auszuliefernden festgesetzt.

Durch diese Liste sind alle Erwartungen übertroffen worden. Die größte Schmach ist dem deutschen Empfinden damit angetan worden. Jedes deutsche Herz bebt angesichts dieser von Rachsucht und grausamem Haß diktierten Handlung der Entente. Rachsucht hat die Auslieferungsvorgänge geschaffen. Rachsucht wird die feindlichen Militärgerichte lehrerischen, die nicht Recht sprechen, sondern nur an Mord denken können und müssen. Hemmungslos lassen die Feinde ihrem Uebermut die Zügel schießen. Es genügt ihnen nicht, daß sie dem unterworfenen Sklaven den Fuß in den Nacken setzen. Sie treten ihn erbarmungslos und mittelstlos in den Nacken. Das Empfinden aller Deutschen blüht sich auf gegen die Schmach, die uns mit diesem unmöglichen Verlangen angetan wird. Durch ganz Deutschland geht ein Schrei der Entrüstung. Die tiefste Not, die Stunde der größten Demütigung unseres Vaterlandes eint das deutsche Volk, das viel hingenommen hat seit dem Aufhören der Kriegshandlungen, das aber nicht alles hinnehmen kann, wenn es seinen ehelichen Namen nicht für alle Zeiten geschändet sehen will.

Aus allen Teilen des Reiches gehen Protestkundgebungen ein. So wird aus München gemeldet, daß am Sonntag Vormittag am Lenbachplatz eine große Kundgebung gegen das Auslieferungsgeschehen der Entente stattfand. — Mehrere tausend Menschen bildeten einen Demonstrationsszug, der auch an dem Hotel „Vier Jahreszeiten“ vorbeizog, wo mehrere Mitglieder der Entente-Kommission wohnten. Hier wurden Rufe laut: „Nieder mit Frankreich!“ Der Zug bewachte sich sodann zur Feldherrnkapelle, wo die gerade anwesende Militärkapelle patriotische Lieder spielte. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Aus Berlin wird gemeldet, daß die deutschen Berufssoldaten im Sportpalast eine große Kundgebung veranstaltet haben. Oberbürgermeister Dominikus kennzeichnete das Vorgehen der Entente, die nach Abschluß des Waffenstillstands durch die 19 monatliche Verweigerung hunderttausendmal größere Verbrechen begangen habe. Abgeordneter Hugo von der Deutschen Volkspartei wies darauf hin, daß der Entente heute aus allen Ländern ein schwarzes Nein entgegenzuschallen müsse. Der Mehrheitssozialist Adolf Ruchin betonte, daß die heutige Frage keine Parteiangelegenheit, sondern eine Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes sei. Deutschland habe sich noch aus jeder Erniedrigung strahlend erhoben. Für den Bürgerrat Groß-Berlins sprach Konrad Marx und im Namen des Deutschen Offiziersbundes Major Klie in ähnlichem Sinne. Eine Entschliebung gegen die Auslieferung von deutschen Kameraden wurde einstimmig angenommen.

Kundgebung in Stuttgart gegen die Auslieferung.

Der Bürgerrat Groß-Stuttgart hatte die Einwohnerlichkeit zu einem Protest gegen die Auslieferung unserer Landsleute an die Feinde aufgerufen. In drei großen Versammlungen im Gasthaus Siegle-Haus und im Stadtparksaal waren am Sonntag Tausende zusammengetroffen, so daß sich die Räumlichkeiten als viel zu klein erwiesen. Vor dem Siegle-Haus stauten sich die Massen, sodas viele Hunderte wieder heimkehren mußten, weil die Regierung das Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel aufs neue einzuführen hatte. Im Stadtparksaal wurde eine Paralelversammlung in der Gartenhalle und im Garten veranstaltet. Redner aller Parteien sprachen in zündenden Worten über die Schmach der Auslieferung. Sie fanden stürmische Zustimmung und reifigen Beifall. Seit Jahren sind in Stuttgart keine so stark besuchten, von gesundem nationalem Empfinden zeugenden Versammlungen erlebt worden. Am Schluß der Veranstaltung wurde nach Annahme einer Entschliebung von der Versammlung heraus das deutsche Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“, angenommen und ein stürmisch aufgenommenes dreifaches Hoch auf das Vaterland ausgebracht.

Im Gasthaus Siegle-Haus sprach an erster Stelle der Reichs- und Landtagsabgeordnete Andre (3.). Er zeigte, wie in der Nationalversammlung die Zustimmung zur Unterzeichnung des Friedensver-

trags zustande kam, wie die §§ 228 bis 230 schon damals von der Regierung und den Volksvertretern als unannehmbar bezeichnet wurden, wie man aber aus dem Pflichtgefühl heraus den schweren Schritt der Unterzeichnung doch gemacht hat. Als der Ruf: „Brest-Litovsk“ fiel, wurde der Ruf von der ganzen Versammlung mit Entrüstungsrufen abgetan. Das deutsche Volk denke nicht daran, sich selbst und seine Ehre aufzugeben. In der Auslieferungssache werden wir nicht nachgeben, entehren sollen uns die Feinde nicht.

Von der Landesgruppe Schwaben des Bundes ehemaliger Berufssoldaten sprach der Vorsitzende Franke. Im Namen der ehemaligen Berufssoldaten erhob er feierlichen Protest gegen das feindliche Ansehen. Die deutschen Truppen würden einem Befehl zur Auslieferung Deutscher nicht Folge leisten.

Von der Deutschen Volkspartei sprach Hofrat Vides. Das niederträchtige Verlangen der Feinde bringt unser Volk dahin, daß es sich auf sich selbst besinnt. Die wirtschaftliche Vernichtung ist beinahe vollendet, nun soll die völlige Vernichtung vollzogen werden. Wir haben zu unserer Regierung das Vertrauen, daß sie diesmal fest bleibt. Unsere Pflicht ist es, uns hinter die Regierung zu stellen. Denn nicht um die 900 handelt es sich, sondern um die Ehre und das Schicksal des Volkes. Nicht der Haß, wohl aber die Verachtung für ein Volk ins Unglück. Uebers Leben geht noch die Ehre. Die 900 dürften sich nicht freiwillig stellen. Die Hand müßte verdorren, die sich an den eigenen deutschen Brüdern vergreifen würde.

Gemeinderat Fischer (Soz.) legte die Stellung seiner Partei dar, die den Standpunkt der Regierung vom 25. Januar ds. Js. als den richtigen ansieht. Die Männer, die ihre Pflicht erfüllt haben, dürfen nicht den Feinden preisgegeben werden. Sie haben nur so gehandelt, wie die Führer auf der anderen Seite.

Abg. Wiber von der Bürgerpartei legte die Gründe dar, weshalb die Feinde die Auslieferung fordern, es ist die Angst der vergangenen Jahre, die Furcht vor der Zukunft, man wolle Prozesse produzieren, von Deutschland neue Erpressungen herauszuwringen, und endlich in Deutschland den Bürgerkrieg in Szene setzen. In Weisungen aus der eigenen Erfahrung im Felde beleuchtete er die eigene und die feindliche Kriegsführung. Jeder einzelne Bürger müsse die Auslieferung verhindern, jede einzelne Behörde müsse sich binden, damit den Feinden bei ihrem Begehren kein Vorstoß geleistet würde. Die Parteien müssen in dieser Frage den Buzakfrieden halten. Der echte deutsche Stolz müsse angeflammt werden. Dieser bewirke die tiefste Verachtung gegen die Feinde und gegen ihre Ueberwachungsanschüsse im Lande. Deutsche Gefinnung muß ein Band werden, das alle verknüpft. Und wenn es in unserem 60 Millionen Volk auch Schurken gibt, die um Geld und gute Worte dem Feinde Dienste leisten, diesen gehöre die deutsche Faust. Wie der deutsche Offiziersbund, so müsse das ganze deutsche Volk für die Führer einstehen.

Von der Deutsch-demokratischen Partei sprach Abg. Dr. W. B. Das Heiligste, was wir Deutsche haben, steht auf dem Spiel. Es geht um das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Opfer verlangen wir von diesen 900 Männern, jetzt müssen wir uns für sie opfern. Treue gilt es zu halten unseren Führern in der Zeit der Not. Das alte Wahlspruch: „In Fährden und in Nöten zeiget erst das Volk sich echt“, müsse im Schwabenland heute mehr denn je seinen Widerhall finden, und das Selbstnis zur Treue gegen unsere Führer, ja gegen unser eigenes Blut hervorgerufen.

Im Stadtparksaal sprachen von der Zentrumspartei Abg. Hanke von der Deutsch-demokratischen Partei Abg. Fischer, von der Bürgerpartei Abg. Beckhänger und von der Deutschen Volkspartei Oberstudienrat Dr. G. G. Hier ergriffen auch noch verschiedene aus der Gelangenschaft heimgekehrte Krieger das Wort zu zündenden Reden. Am Schluß der Versammlungen wurde folgende Entschliebung angenommen:

„Aufs Tiefste bewat die Frage der Auslieferung deutscher Staatsangehöriger alle Herzen. Seit die Unterchrift unter dieses Verlangens im Friedensvertrag der deutschen Regierung abgezwungen wurde hat diese nie aufgehört zu erklären: Die Auslieferung ist unmöglich! Denn die Aburteilung Deutscher vor feindlichen Gerichten, deren Richter, Richter und Richter in einer Person sind, bedeutet die Überkennung der Rechte eines selbständigen Staates über die Rechtsfähigkeit der Handlungen seiner Angehörigen selbst zu entscheiden, den Einritt in ein verfassungsgemäß gewähltes Grundrecht des deutschen Volkes, die Ausfaat neuen tiefen Haßes zwischen den armen Kultur-Völkern die Vernichtung der Hoffnungen auf Wiederankömme der vom Krieg gezeigten menschlichen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen. Die Anwesenheit aller vor deutschen Richtern erscheinen, so fordert es die nationale Selbstachtung und der internationale Rechtsgebrauch. In letzter Stunde ergeht die dringende Forderung an die Reichsregierung,

keine Mittel unverzucht zu lassen, um die Gegner von ihrem ungeheuerlichen Plan abzubringen.“

Die Begleitnote zur Auslieferungsliste.

Am Samstag in später Abendstunde, überreichte der französische Geschäftsträger in Berlin dem Reichskanzler die Auslieferungsliste nebst unveränderter Begleitnote. Der Note war ein Brief an den Reichskanzler beigelegt. Der Wortlaut der Begleitnote ist folgender:

Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Paris, 3. Febr. 1920.
Herr Präsident! In Ausführung des § 3 des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Protokolls beehre ich mich, Ihnen anbei im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der britischen, französischen, belgischen, polnischen, rumänischen und serbisch-kroatischen Regierung gemäß Art. 228, Abs. 2, des Versailleser Vertrages aufgestellten Liste zu überreichen. In der Aufstellung dieser Liste sind nicht alle die mit einbegriffen, die sich im Laufe des Krieges der von deutschen Reichsangehörigen begangenen zahllosen Verbrechen schuldig gemacht haben. Die oben bezeichneten Regierungen haben geglaubt, schicklicher Weise (!) darin nur Personen aufzuführen zu sollen, die anscheinend die schwerste Verantwortung trifft. Die so aufgeführte Zahl der Schuldigen bleibt weit zurück hinter der Zahl der von deutschen Staatsangehörigen in Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges begangenen Rechtswidrigkeiten. Es liegt nicht in der Absicht der genannten Regierungen, die Verbrechen derjenigen zu amnestieren, die in der beigelegten Liste nicht mit einbegriffen sind. Die vorliegende Mitteilung berührt in keiner Weise das Recht der Staaten, sie innerhalb ihres Gebiets zu verfolgen.

Gemäß Art. 228 des Friedensvertrags sind die auf der beigelegten Liste aufgeführten Schuldigen sei es dem Namen nach, sei es dem Grade der Amtsausübung oder Amtsverwendung, zu der sie von den deutschen Behörden herangezogen waren, bezeichnet. Die oben bezeichneten Regierungen behalten sich vor, von der deutschen Regierung, wie dies in Art. 230 des Vertrages vorgesehen ist, Urkunden und Auskünfte jeder Art zu verlangen, deren Beschaffung zur vollständigen Aufklärung der strafbaren Handlungen, zur Ermittlung der Schuldigen und zur genauen Abschätzung der Verantwortlichkeit für erforderlich erachtet werden sollte. Eine weitere Mitteilung wird Sie in Verantwortung von Schreiben Nr. 88 (Notiz; gemeint ist die Note des Herrn v. Versner in der Auslieferungssache vom 25. Jan.) die Umstände wissen lassen, unter denen die alliierten Mächte die Bestimmungen des Friedensvertrags über diesen Punkt ausgeführt zu sehen wünschen. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung, gez. A. Millerand. An den Herrn Freiherrn v. Versner, Vorsitzender der deutschen Kommission.

Der Brief an den Reichskanzler.

Das zweite Schriftstück, das der Auslieferungsliste beigegeben war, ist ein Brief an den Reichskanzler mit folgendem Wortlaut:

Friedenskonferenz, der Präsident, Paris, 7. Febr. 1920.
Herr Reichskanzler! In der Ausführung der Art. 228 bis 230 des Vertrages von Versailles und gemäß § 3 des Protokolls vom 28. Juni 1919 habe ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Friedenskonferenz am 3. Februar Herrn v. Versner, Vorsitzender der deutschen Friedensdelegation, im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der englischen, französischen, italienischen, belgischen, polnischen, rumänischen und serbisch-kroatischen Regierung aufgestellten Liste zugestellt. Diese Liste war von einem Brief begleitet, der — es sei dies besonders bemerkt — festsetzte, daß nach Prüfung der in dem Brief Nr. 88 des Vorsitzenden der deutschen Delegation enthaltenen Erwägungen eine weitere Mitteilung die Bedingungen wissen lassen würde, unter denen die alliierten Mächte die betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrags erfüllt zu sehen wünschen. Herr v. Versner hat auf diese Mitteilung mit einem Briefe geantwortet dessen Abschrift beigelegt. Die Mächte haben nicht daran gezweifelt, daß die Handlung des Herrn v. Versner eine persönliche Kundgebung war, für die die deutsche Regierung keine Verantwortung trägt. Sie haben in der Tat nicht annehmen können, daß diese Regierung sich der Verpflichtung zu entziehen beabsichtigt, wie sie durch die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles eingegangen ist, und daß sie nach weniger als einem Monat nach Inkrafttreten des Friedensvertrags sich vorzüglich weigert, eine wesentliche Bestimmung des Vertrages

uberein
r, nachmittags
ung
Mustergarten.
inbereitung“
ein
er Ausschuß.
gen
Zellstoff unter
ng 1/2 Dugend
schfäche
50 das Stück,
it Taschen
en und Haken
de, Masse etc.
ger Zellstoff,
ker
ner
ter
triger
Schulstaschen,
en und Hand-
tiert, zusammen
Franen M 1.50
inches M 1.—
erfaßt, stram-
nen Nachnahme.
an Jedermann
Coburg 144
ein
gespreisen
M. a. n.
gefunde
el
ktplatz.
metall
se
andig.
raugen
etc. befeigt
rid
Salz!
bewährt,
achbestellungen
Mk. franko.
en durch
e Schlingen,
enz.
hände
rich duftende
ei aufgesprun-
rissiger Haut
beulen dürfte
Zu haben in
- Drogerie
umsonst b.
rigkeit,
usch, ner-
ösen
schmerzen.
kennungen.
Halle a. S. 364b

zu erfüllen. Ich habe also die Ehre, Ew. Excellenz die Liste, die Herr v. Lersner in Empfang zu nehmen sich weigert, überreichen zu lassen, sowie den Brief, der ihr beigelegt war. Dieser Brief ist vom 3. Februar datiert. Die Mächte haben demnach die durch das Protokoll vom 28. Juni bestimmte Frist eingehalten. Genehmigen Sie, Herr Reichsminister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung, gez. Millerand, Präsident der Friedenskonferenz.

Veratungen über die deutsche Antwort.

Berlin, 9. Febr. Die gestrigen Besprechungen zwischen den Fraktionsvorsitzenden und der Reichsregierung werden heute fortgesetzt. Auch der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird heute Nachmittag zusammentreten und an seinen Beratungen wird der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, teilnehmen.

Einberufung der Nationalversammlung.

(W.T.B.) Berlin, 7. Febr. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der deutsch-nationalen Fraktion der Nationalversammlung beschloffen einstimmig, aus Anlaß des Auslieferungsbeschlusses die Einberufung der Nationalversammlung zu fordern.

Erzberger über die Auslieferung.

Reichsfinanzminister Erzberger gewährte einem Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ eine Unterredung, in der er u. a. äußerte, er stehe auf dem Standpunkt, daß die Auslieferung irgend eines Deutschen einfach undurchführbar sei und daß in diesem Punkte die Regierung und das ganze deutsche Volk vollständig einmütig seien. Keine deutsche Regierung werde anders handeln können. Auf die Frage, ob dieser Standpunkt nicht im Widerspruch stehe zu der Tatsache der Annahme des Friedensvertrags, erwiderte der Minister, die Regierung habe seinerzeit alles Erdenkliche getan, um eine Ausmerzung der entsprechenden Artikel zu erreichen. Der Minister selbst habe die Unmöglichkeit des Auslieferungsparagraphen dargetan. Als Clemenceau dann trotzdem die Unterzeichnung ohne jeden Vorbehalt innerhalb 24 Stunden forderte, habe Erzberger in der Nacht noch einmal versucht, die Alliierten durch einen Mittelmann zur Vernunft zu bringen. So sei der Regierung und der Nationalversammlung am 28. Juni nichts anders übrig geblieben, als unter dem ungeheuren Zwang der Drohung des Einmarsches die Friedensbedingungen ohne Vorbehalt anzunehmen.

Der Berichterstatter fragte weiter, ob die Alliierten aus der Haltung der deutschen Regierung nicht den Schluß ziehen könnten, daß Deutschland die Verpflichtungen des Friedensvertrags nicht einhalten wolle. Der Minister antwortete, dieser Schluß entspreche weder den Absichten der deutschen Regierung, noch den Tatsachen. Mit der Finanzreform arbeite ich gerade dahin, Deutschland für die Wiedergutmachung leistungsfähig zu machen. Die Saargruben, das Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, die Handelsflotte, Kohle, Vieh, Farbstoffe, Maschinen, Eisenbahnmateriale, die Schulden unerzählter Kriegsverwundeten an uns, das alles zurückgelassene Material, die Kosten für das Besatzungsheer, alles das macht eine Summe von 44 Milliarden aus. Wir erfüllen unsere Verpflichtungen, obwohl uns durch das Verhalten der Alliierten infolge des Lockes im Wesen ungeheurer wirtschaftlicher Schaden zugefügt wurde. Die Entente hat uns unsere internationalen Werte, wie namentlich die Kolonien und die ausländischen Guthaben, weggenommen. Deutschland ist jener biblischen Figur zu vergleichen, der der barmherzige Samariter nachhielt. Mit Dank will ich anerkennen, daß der erste barmherzige Samariter Söldner war. Um unser wirtschaftliches Leben wieder in Gang zu bringen, müßten die Alliierten auch ihrerseits den Artikel 235 zur Ausführung bringen und uns Lebensmittel und Rohstoffe zukommen lassen. Die Auslieferung ist undurchführbar und unmöglich. Ich hoffe bestimmt, daß die alliierten Regierungen von dem Auslieferungsplan Abstand nehmen.

Lloyd Georges Frontveränderung.

Amsterdam, 8. Febr. Der Pariser Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblat“ meldet, man sei in Paris durch die Frontveränderung Lloyd Georges sehr unangenehm berührt, weil Frankreich dadurch in das Odium einer rachsüchtigen Nation komme. Die Stimmung in Paris ist dadurch keineswegs englandfreundlich geworden. Die Reise des französischen Ministerpräsidenten Millerand nach London erhält dadurch ganz besondere Bedeutung. Man kann annehmen, daß die Haltung des englischen Premierministers auch von Einfluß auf die Haltung der Alliierten in der Frage der Auslieferung des Kaisers sein wird.

Englische Stimmen gegen die Auslieferung.

(W.T.B.) Amsterdam, 7. Febr. Laut „Telegraaf“ bringt das Organ Lloyd Georges, „Daily Chronicle“, einen Aufruf, der erregenden Leitartikel zur Auslieferungsliste. Es heißt darin u. a.: Man weiß nicht, ob die Liste deren Veröffentlichung in Berlin solche Sensationen erregt hat, die echte ist oder nicht. Wir können jedoch mit einiger Autorität sagen, daß, wenn sie es ist, die britische Regierung diese Liste nicht geduldet hat. Es ist in jedem Falle eine Zweckwidrigkeit. Wenn ein Duplikat wirklich der deutschen Regierung überreicht wurde, dann ist es klar, daß der internationale diplomatische Organismus, der seinen Sitz in Paris hat, von neuem eine unentschuldbare Dummheit begangen hat. Die Liste ist in jeder Hinsicht das, was sie nicht sein sollte. Hindenburg, Ludendorff und Bethmann hätten nicht darauf stehen dürfen. Es ist vollkommen klar, daß von keiner Regierung oder Nation erwartet werden kann, daß sie faktisch 15 Monate nach dem Waffenstillstand Männer wie Hindenburg ausliefert. Wenn diejenigen, die im Namen der alliierten Autoritäten handeln, behaupten, wirklich die unentschuldbar List, die veröffentlicht worden ist, abgehandelt zu haben, dann muß die erste Aufgabe sein, die Liste gründlich abzuschaffen. — Auch in der übrigen englischen Presse findet die

Antilige Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.
Heeresgerät.

Die 1. Jt. ergangene Aufforderung zur Ablieferung von Waffen und Munition, die aus Heeresbeständen stammen, sowie von anderweitigem Heeresgut und Heeresgerät ist wie zur Kenntnis der Behörde gekommen ist, nicht überall befolgt worden.

Zur Vermeidung unliebsamer Nachregeln richte ich daher an die Bevölkerung wiederholt die öffentliche Aufforderung, unverweilt Gegenstände der benannten Art, welche unbefugter Weise in Besitz genommen bzw. zurückbehalten worden sind, bei dem zuständigen Schultheißenamt abzuliefern.

Wer es unterläßt, dieser Aufforderung nachzukommen, hat zu gewärtigen, daß ihn die Schwere des Gesetzes trifft (Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafe bis zu 100 000 M. oder eine dieser dieser Strafen).

Gleichzeitig wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Reichsverordnung vom 13. Januar 1919 Schußwaffen sowie Munition aller Art zu Schußwaffen an das Schultheißenamt abzuliefern sind.

Als Schußwaffen gelten: Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinenpistolen, Revolver, Geschütze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer.

Auf Antrag kann vom Oberamt durch Ausstellung eines Waffenscheines der Besitz von Schußwaffen und Munition zugelassen werden. Die Herren Ortsvorsteher werden ersucht, Vorstehendes ortsbüchlich bekannt zu geben, die abgelieferten Gegenstände in Empfang zu nehmen, und hierüber hieher bis 20. 2. 1920 zwecks Erteilung weiterer Weisung Anzeige zu erstatten.

Calw, den 4. Februar 1920.

Oberamt: G. S.

Fortlaufende Statistik der Taubstummen.

Nach § 1 der Verfügung der K. Ministerien des Innern und des Reichs- und Schulwesens vom 1. Februar 1912 (Reg.-Bl. S. 18) ist im Januar jeden Jahres eine statistische Aufnahme der Taubstummen zu veranstalten, bei welcher jedes taubstumme oder der Taubstummheit verdächtige Kind gezählt wird, das in dem betreffenden Kalenderjahr in das schulpflichtige Alter der Vollstündigen eintritt, d. h. am 1. Mai des Jahres das 6. Lebensjahr vollendet und das 7. noch nicht überschritten hat und h nicht in einer Taubstummenanstalt untergebracht ist. Der Zählung unterliegen alle in einer Gemeinde vorhandenen taubstummen oder der Taubstummheit verdächtigen Kinder ohne Unterschied ihres Geburtsorts oder der Staatsangehörigkeit. Die statistische Aufnahme erfolgt mittelst Fragebogen, die vom Oberamt auf Ansuchen abgegeben werden. Der Kopf des Fragebogens ist in dreifacher Fertigung von den beiden Vorständen des Ortsrats auszufüllen. Die Ortsvorsteher haben die Fragebogen alsdann dem Herrn Oberamtsarzt zu übersenden. Fragebogen sind nicht erforderlich.

Calw, den 5. Februar 1920.

Für das gen. Oberamt in Schulsachen:
Oberamtmann: G. S.

Oberamt Calw.

Bekanntmachung.

Die Verfügung des Ministeriums des Innern über die Eierausbringung vom 26. September 1918 (Staatsanzeiger Nr. 244) in der Fassung vom 14. März 1919 (Staatsanzeiger Nr. 62) wird wie folgt geändert:

§ 15 Abs. 1 erhält folgende Fassung: Der Erwerbspreis, den die Sammelstellen den Geflügelhaltern für Hühner- und Enteneier zu bezahlen haben, beträgt 40 Pfg. das Stück. Der Erwerbspreis für Gänseer wird vom Kommunalverband auf 80 Pfg. festgesetzt.

Der Verkaufspreis an den Sammelstellen in Selbstversorgergemeinden beträgt 42 S., an der Bezirksstelle 45 S. pro Stück. Es wird darauf hingewiesen, daß die Erwerbspreise für Eier bei Strafvermeidung weder von den Sammelstellen noch von den Geflügelhaltern überschritten werden dürfen und daß die Nichteinhaltung der vorgeführten Zuschläge durch die Abgabestellen ebenfalls strafbar ist.

Calw, den 6. Februar 1920.

Oberamtmann: G. S.

Auslieferungsliste keine Zustimmung. — „Daily Express“ nennt sie einen gewaltigen Mißgriff. — „Daily Express“ weist auf die Folgen hin, die der Rücktritt der deutschen Regierung für die Alliierten haben würde.

Die Stimmung bei den Alliierten.

Paris, 8. Febr. Nach dem „Matin“ sind die Alliierten in Bezug auf ihre Haltung im Falle einer Weigerung Deutschlands verschiedener Meinung. Das Blatt sagt, es wäre gefährlich, das zu verheimlichen, weil die Letztere der englischen Presse nach dieser Richtung lehrreich sei. Im Laufe der vorgestrigen Sitzung des Vorkonferenzrats habe man auf den Artikel 19 des Völkerbundsstatuts hingewiesen, das ihm das Recht gebe, von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung unanwendbar gewordener Verträge und solcher internationaler Verhältnisse aufzufordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könne. — Bertinax stellt im „Echo de Paris“ noch einmal fest, daß alle Klauseln betreffend den Kaiser und die beschuldigten Deutschen von Lloyd George kommen und fragt, warum Lloyd George heute sein Werk verleugne. Man erzählt, daß die Namen der Beschuldigten ihm nicht mitgeteilt worden seien.

Ausland.

Das Frauenstimmrecht in der Schweiz verworfen.

W.T.B. Basel, 8. Febr. Die vom Großen Rat angenommene Vorlage auf Einführung des Frauenstimmrechts, das von den sozialdemokratischen Parteien befürwortet, von den rechtsstehenden Parteien aber mehr oder weniger bekämpft wurde, ist in der Volksabstimmung mit 12 455 gegen 6711 Stimmen verworfen worden.

W.T.B. Zürich, 8. Febr. Die sozialistische Verfassungskommission auf Einführung des vollen Stimm- und Wahlrechts für die Frauen wurde in der kantonalen Volksabstimmung mit 88 249 gegen 21 608 Stimmen verworfen.

Sparfamkeit in Frankreich.

Paris, 8. Febr. (Agence Havas.) Im heutigen Ministerrat unterbreitete der Finanzminister das Verlangen nach neuen Steuern und betonte die Notwendigkeit der Herabsetzung der Ausgaben. Das Budget sieht 47 1/2 Milliarden an Ausgaben vor, die durch den Be-

schluß des Ministerrates auf rund 30 Milliarden herabgesetzt werden sollen.

Bela Kun erkrankt

(W.T.B.) Wien, 8. Febr. Den Blättern zufolge ist Bela Kun, der nach ärztlichem Ausspruch an Malaria und Neurasthenie leiden soll, gestern aus Karlsruhe in ein Spital zu Stoderau bei Wien überführt worden.

Vorkonferenz der Internationale der Post-, Telephon- und Telegraphenangehörten Europas.

Wien, 6. Febr. Wie die Blätter melden, begann gestern die Vorkonferenz zur Eröffnung der ersten Internationale der Post-, Telephon- und Telegraphenangehörten Europas, deren Aufgabe es ist, eine Grundlage für den demnächst abzuhaltenden großen Kongress zu schaffen. Vertreter erschienen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, aus der Schweiz und der Tschecho-Slowakei. Verschiedene Redner bestritten die Veröhnungs- und Verständigungsgebanten unter den Vätern. Hierauf wurde eine vom französischen Delegierten beantragte Entschloßung angenommen, die sich gegen Kapitalismus und Militarismus, die den Krieg ermöglicht hätten, sowie gegen die Blockade Rußlands und gegen den weißen Terror in Ungarn wende. Die Delegierten verlangten, daß die Entschloßung telegraphisch nach Budapest übermittelt und zum Zeichen des Protestes der Telegraphenbrüder zwischen Wien und Budapest auf eine Stunde unterbrochen wird. Namens der deutschen Delegierten erklärte Winter, daß er gegen die Entschloßung stimme, da die auf dem Kongress vertretenen deutschen Korporationen allen Parteierklärungen angehört und die deutschen Delegierten den Auftrag hätten, sich an den sachlichen Verhandlungen zu beteiligen. Der offizielle Schweizerische Delegierte enthielt sich der Abstimmung.

Vermischtes.

Eine neue epidemische Krankheit.

Die Schlafkrankheit nimmt in Paris und in der Schweiz seit einigen Tagen stark zu. Es ist dies eigentlich nur ein schwerer Fall von Grippe („Hirngrippe“) und besteht in einer Schädigung des Gehirns und des Rückenmarks durch das Gift der bis heute noch umstrittenen Grippebazillen. Die schweren Hirnschädigungen, bei denen außer der Giftwirkung noch eine Vermehrung der Bazillen selbst in der Nervensubstanz stattfindet, äußern sich in Schläfrigkeit, heftigen Kopfschmerzen, Schlafsucht, Bewußtlosigkeit, Delirien, Lähmungen der Hirnnerven, Zuckungen der Muskulatur u. a. Es handelt sich also um eine Reihe von Erscheinungen, die bei jeder schweren Hirnerkrankung sich einstellen können. Man sieht, wie ein Schweizer Arzt konstatiert, vor einem neuen epidemischen Schub von Grippe, die hin und wieder mit schweren Gehirnerkrankungen begleitet ist. Die schwersten Entzündungen des Gehirns können, wenn es zu keiner größeren Zerstörung der Hirnsubstanz kommt, vollständig ausheilen. Die Behandlung deckt sich mit den bei der Grippe im allgemeinen üblichen Maßnahmen. Es soll gerade hier möglichst früh der Arzt gerufen werden. Die Ansteckungsgefahr dieser „Hirngrippe“ steht der Grippe der Atemwege bei weitem nach. Die Krankheitsprozesse spielen sich innerhalb der Schädelkapsel ab und haben mit der Außenwelt keine direkte Verbindung, während bei der latarrhischen Form die Keime der Krankheit in Unmenge ausgehustet und von Gesunden direkt eingeatmet werden. Daher tritt die Hirngrippe auch nur vereinzelt auf. — In Paris ist bereits ein Heilmittel gegen diese Krankheit aufgetaucht. Ein Dr. Pcuti gebraucht Einspritzungen mit einem gegen die Pest gebrauchten Mittel, die laut „Bataille“ in verschiedenen gelungenen Fällen innerhalb 25 Minuten Kranke geheilt haben sollen, die schon seit einem Monat schliefen und deren Herz schon stark angegriffen war. — Die Ursachen liegen nach dem Schweizer Sachverständigen in den vielen Aufregungen und Entbehrungen der letzten Jahre.

Deutschland.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz.

Berlin, 9. Febr. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge besteht die Möglichkeit, daß die im Dezember abgebrochenen Wirtschaftsverhandlungen mit der Schweiz demnächst wieder aufgenommen werden.

Ausnahmezustand für Sachsen.

(W.T.B.) Berlin, 7. Febr. Die am 13. Januar für das Reich mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden erlassene Verordnung über den Ausnahmezustand ist inzwischen im Einverständnis mit der sächsischen Regierung auch auf das Gebiet des Freistaates Sachsen ausgedehnt worden.

Schließung einer Eisenbahnwerkstätte.

W.T.B. Breslau, 8. Febr. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebs wurden Hauptwerkstättenamt 1a und 1b gestern Abend geschlossen. Die Eröffnung erfolgt demnächst unter Einschränkung der Arbeiterzahl und unter neuen Betriebsbedingungen.

Schließung der Danziger Werft.

(W.T.B.) Danzig, 8. Febr. Infolge fortwährender Verleße der Arbeiter gegen die Arbeitsordnung, infolge allgemeiner Zuchtlosigkeit, sowie wegen rüchlicher und tätlicher Beleidigung des Werftleiters hat sich der Magistrat gezwungen gesehen, die Danziger Werft (früher Reichswerk) zu schließen.

Richard Dehmel †

Hamburg, 9. Febr. Der Dichter Richard Dehmel ist gestern Vormittag in Blankenese im Alter von 57 Jahren gestorben. — Mit Dehmel ist einer der bedeutendsten Vertreter moderner deutscher Dichtung, vor allem der deutschen Lyrik, dahingeshieden. Seine Hauptwerke „Zwei Menschen“, „Aber die Liebe“ u. a. haben ihm einen starken Anhängerkreis gesichert.

Wirtschafts- und Handelspolitik.

Dem Vortrag, den der Syndikus des württ. Industriellenverbandes und Landtagsabgeordneter Wäber in der öffentlichen Versammlung der Deutschen demokratischen Partei hielt, stellte er die Begriffsbestimmung voran, daß er unter Wirtschaftspolitik die Maßnahmen, Verordnungen und Gesetze verstehe, die das innere Wirtschaftsleben regeln, unter Handelspolitik aber die Betätigung, die über das innere Gebiet hinaus die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland einbezieht. Der Redner gab sodann zuerst einen Überblick über die Verhältnisse vor dem Kriege. Vor dem Kriege sei das deutsche Volk ein Wirtschaftsvolk gewesen, eingestellt auf den Weltmarkt. Es habe keinen Platz in der Welt gegeben, wo der deutsche Kaufmann nicht hingekommen sei und die deutsche Industrie habe Triumphe in der Welt gefeiert. Unsere Einfuhr und Ausfuhr habe 20-Milliarden betragen, was damals etwas bedeutet habe, und wir seien unmittelbar hinter England gekommen. In wenigen Jahren hätten wir England eingeholt und überholt; heute ungefähr wäre dieser Zeitpunkt eingetreten. Diejenigen, die auch bei uns immer noch suchen, wer eigentlich die Schuld am Kriege trage, könnten aus dieser Tatsache vielleicht ersehen, warum dieser Weltkrieg ausgebrochen sei. Unser Handel sei größer als der amerikanische und der französische gewesen. Wir seien auch die Weltfrachtfahrer gewesen, und durch alle diese Tätigkeiten seien wir ein Volk von 67 Millionen geworden, das seine Volksgenossen festhalten, beschäftigen und ernähren habe können, sodaß nicht wie früher jährlich Tausende von Volksgenossen auswandern mußten. Auf diesen Begriff des Weltwirtschaftsvolkes sei auch unsere innere Wirtschaftspolitik eingestellt gewesen, auf eine durchaus freiheitlich liberale, individuelle Wirtschaftsverfassung! Jeder mußte und konnte aus sich herausholen, was in ihm lag, der wirtschaftlichen Tätigkeit waren keine Grenzen gezogen. Wenn man das Zeug und die Güter, so konnte man auch etwas exportieren. Unwesentliche Einschränkungen waren durch die Gewerbeordnung und soziale Gesetzgebung vorhanden, sowie durch die Syndikats- und Kartellbildung und ähnliches auf einigen Wirtschaftszweigen. Auch die Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer legten in gewissem Grade Beschränkungen auf, aber sonst sei die wirtschaftliche Betätigung im allgemeinen frei gewesen. Der Erfolg dieser Wirtschaftspolitik sei ein ziemlich guter bis ausgezeichnete gewesen. Der wirtschaftliche Aufstieg war gewaltig. Wir hatten eine aktive Zahlungsbilanz, d. h. wir hatten nie Schulden an das Ausland, wir konnten alle nötigen Waren und Rohstoffe holen und auch prompt zahlen, besonders führten wir jährlich für 2½ Milliarden Lebensmittel ein. Daneben hatten wir eine passive Handelsbilanz, d. h. wir führten mehr ein, als wir ausführten, aber wir konnten alles bezahlen infolge unserer außerordentlichen Arbeitsleistung. Dieser wirtschaftliche Aufstieg hatte eine Steigerung der Volkszahl, der Volksvermehrung und des Volksvermögens zur Folge.

In dem Augenblick als England uns den Krieg erklärte, war unser wirtschaftliches Schicksal zunächst besiegelt. Unsere Rohstoffzufuhr hörte auf, unsere Frachtfahrertätigkeit, unsere Ausfuhr, weil wir schließlich alles für uns brauchten. Durch die Blockade wurden wir zum Binnenwirtschaftsvolk. Die Blockade wurde nicht zur Ausdehnung des deutschen Volkswirtschafts angewendet, sondern zu dem Zweck, uns wirtschaftlich zu zermürben, und diese Rechnung habe ja auch ungefähr geklappt. Es sei ein schwerer Fehler gewesen, daß wir keine Vorratswirtschaft getrieben hätten, was für einen solchen Krieg notwendig gewesen wäre. Durch die notwendig gewordene Schematisierung unserer Wirtschaft sei die Spannkraft und der Drang zu individueller Betätigung aufgebraucht worden. Die wirtschaftlichen Kreise Deutschlands hätten schon lange vor dem Zusammenbruch befürchtet, daß die fürchterliche Anspannung, die den deutschen Wirtschaftskräften besonders nach dem Rubendorffprogramm zuzumuten worden sei, nicht lange mehr durchzuführen sei. Daß wir durch die Überlastung im Innern auch in den Nerven zusammengebrochen waren, das habe sich in den letzten 15 Monaten gezeigt, und man könne es den Massen nicht verdenken, wenn sie nach einer so beispiellosen Anspannung schließlich die Dinge, wie sie geworden waren, in einem feberhaften Zustand betrachteten. Die Umstellung und Stilllegung der Betriebe sei sehr bedenklich gewesen, weil es schließlich gefehlt habe, was bekommen ist, wenn ich nicht mehr arbeite. Die Reglementierung sei auf Metalle, Wolle, Unternehmen und Arbeiter gegangen, weil man anders die übergroße Anspannung nicht mehr überwinden zu können glaubte. Noch im Jahre 1918 habe man sich im Bohn eines Siegfriedens auf den Gedanken einer Uebergangswirtschaft eingestellt, indem man angenommen habe, man könne vom Gegner bestimmte für den Wiederaufbau nötige Produktionsmittel erhalten, und durch entsprechende Handelsverträge wieder eine bevorzugte Stellung in der Welt einnehmen. Später habe man sich auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt nach dem Grundsatz: „Leben und leben lassen!“, nachdem wir Rohstoffe von unseren ehemaligen Feinden erhalten hätten, um dann fertige Waren liefern zu können. Auch im Innern hatte, man den Grundgedanken der wirtschaftlichen und sozialen Verständigung anwenden wollen nach der Art einer gemischten Wirtschaft, in der alle Arbeitskräfte herangezogen werden sollten.

Der verlorene Krieg hat ein anderes Deutschland geschaffen. Clemenceaus Wort im September vorigen Jahres, daß dieser Friede nur eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sein werde, sei durch den Versailler „Vertrag“ bestätigt worden. Die wirtschaftlichen Bestimmungen dieses Friedens seien dazu bestimmt, Deutschland völlig zu vernichten. Englands Kriegsziel, die Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs, sei erreicht. England, das alte Handelsvolk, habe nicht ertragen können, daß ein Emporkömmling in 44 Jahren das erreiche, wozu es Jahrhunderte gebraucht habe. Um diese Ausschaltung zu sichern, habe man den ganzen deutschen Auslandsbesitz geraubt, selbst Amerika habe das getan, um unser Auslandsvermögen als Entschädigung zu verwenden. Unser Kolonialbesitz, der uns in den letzten Jahren ganz enorme Rohstoffmengen geliefert habe, sei uns genommen worden, und ebenso unsere Han-

delsslotte, und England habe die Verankerung der Kriegsslotte, die ihm sehr bequem gekommen sei, zum Anlaß genommen, um uns durch die Wegnahme des Hafennaterials auch noch der Möglichkeit des Wiederaufbaus zu berauben.

Clemenceau hat weiterhin gesagt, auch nach der Erfüllung des Friedensvertrags seien in Deutschland immer noch 20 Millionen Menschen zu viel. Im Westen und Osten habe man uns die wichtigsten Produktionsgebiete abgetrennt, und so suche man ein Weltwirtschaftsvolk all der Hilfsmittel zu berauben, die es zum Leben brauche. Daneben gehen noch ungeheure Dauerlasten, und wir wissen nicht einmal, wieviel wir noch zahlen müssen.

Und dieser fürchterlichen innerlichen Lage gegenüber seien wir innerlich zerissen. Der Arbeitswille sei gesunken. Und selbst wenn diese arbeiten wollten, so könnten sie es nicht, weil wir keine Kohle haben. Wenn dieser Wahnsinn so weitergehe, würden wir mit Bestimmtheit dem Untergang entgegengehen. Man habe Eisenbahnwerkstätten schließen müssen, weil in den Werkstätten nicht mehr gearbeitet, sondern Hand- und Mundharmonika gespielt, geraucht und Neden gehalten worden seien. Die dauernde Preissteigerung habe naturgemäß eine dauernde Steigerung der Gehälter und Löhne zur Folge, und wenn man meine, die Löhne hätten sich einigermaßen den Preisen der Lebenshaltung angepaßt, dann kämen wieder Preissteigerungen, und so gehe es fort. Die Achtung vor uns sei im Ausland so weit gesunken, daß kleine neutrale Völker es wagen dürfen, unsere guten Waren um ein paar Pfennige zu kaufen, während wir das 15- bis 20-fache im Ausland bezahlen müssen.

Wenn wir wieder aus dem Sumpf herauskommen wollen, so müssen wir wieder ein Weltwirtschaftsvolk werden, nicht expansionistisch und aggressiv, sondern in friedlichem Wettbewerb. Wir müssen der Welt sagen, daß bei uns eine Arbeitspflicht nötig ist, weil wir in einer gemäßigten Zone leben, die an die Lebenshaltung größere Ansprüche stellt als etwa die tropische Zone. Im Innern muß dafür gesorgt werden, daß wer pflichtvergeffen ist, zur Pflichterfüllung gezwungen wird. Dabei dürfe man sich auch nicht scheuen, das Wort Arbeitszwang auszusprechen. Die Erwerbslosenunterstützung, die grausam verheerend gewirkt habe, müsse in Naturalleistungen umgewandelt werden, damit das Geld nicht zu Schanden werde und Vergütungen verwendet werde. Der obligatorische Schiedsgerichtszwang müsse verblassen, daß die Streiks zu politischen Geschäften ausgenutzt werden. Die Anstellungen und Arbeiter müßten beim Wiederaufbau zur Mitwirkung herangezogen werden. Man dürfe die Arbeiter nicht mehr wie ehemals behandeln. Der größte württembergische Industrielle habe zu einem norddeutschen Großindustriellen gesagt, wenn die norddeutschen Großindustriellen nur einen Funken von dem Empfinden gefaßt hätten wie die Süddeutschen, dann wäre es nicht soweit gekommen. Das Betriebsrätegesetz, das in anderer Form in England und Amerika in den großen Industrien schon lange eingeführt sei, solle in dem Sinne der Verständigung und Hebung der Arbeitsfreudigkeit wirken. Der Abbau der Preise müsse von oben herunter geschehen. Auch der Unternehmer müsse sich daran gewöhnen, mit bescheidenem Nutzen zu arbeiten, nur so könne es wieder aufwärts gehen. Der gute Ruf unserer wirtschaftlichen Tätigkeit müsse in der Welt wieder hergestellt werden. Die schamlose Luxuseinfuhr müsse aufhören. In den letzten 15 Monaten seien für 5 Milliarden (!) schlechte englische Opiumzigaretten eingeführt worden. Auch sonstige Genussmittel dürften vom Ausland nicht mehr gekauft werden. Unsere guten deutschen Inlandswaren seien vom Ausland um billiges Geld aufgekauft worden.

Die neue Wirtschaft könne sich natürlich nicht auf absoluter Freiheit aufbauen. Man müsse das Beste von der freien und gebundenen Wirtschaft wählen. Durch Verständigung müsse eine große Arbeitsgemeinschaft geschaffen werden, über der letzten Endes der Staat stehe, den krassen, die Allgemeinheit schädigenden Egoismus ausschalte. Dieser Weg führe von selber zur Absehung jeder Diktatur von rechts und links. Kein Mandatierertum und keine Rätewirtschaft durch die Vereinigung des Arbeitswillens der Massen, unter kaufmännischer technischer und intellektueller Führung könne unsere Wirtschaft wieder aufgebaut werden, und wenn wir dann hochwertige Ausfuhr liefern, dann könne unser künftiges Verhältnis zum Ausland wieder besser werden. Durch Fühlungnahme des deutschen Kaufmanns mit dem Ausländer und damit des Volkes mit den anderen Völkern. Dieses Arbeitsprogramm sei aber nur auf ehrlich demokratischer, sozialer und nationaler Grundlage möglich. Die Demokratie lehne ebenso die kommunistische wie die nationalistische konservative Wirtschaftspolitik ab, die nur auf Gewalttätigkeiten eingestellt sei. Die preussische konservative Politik sei fürchterlich belastet in der Vergangenheit und habe allen Kredit in der Welt verloren. In unserem Pflichtbewußtsein haben wir noch ein Volksvermögen, das man uns nicht nehmen könne, und dieser tüchtige Kern stehe in jedem deutschen Arbeiter. Wenn jeder wieder nach dieser fürchterlichen Nervenerschütterung seine Pflicht tue, dann könne die böse Absicht unserer Feinde zunichte gemacht werden.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen, dem der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Staudenmeyer, noch besonderen Ausdruck verlieh.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 9. Februar 1920

In eigener Sache.

* Um unserm Schriftleiter, Herrn Otto Selkmann, den rascheren Abschluß einer größeren wissenschaftlichen Arbeit zu ermöglichen, haben wir einen Vertreter in Herrn Hans Otto Röder aus Stuttgart gewonnen, der für 6 Wochen die Schriftleitung der Zeitung übernehmen wird.

Fernsprech- und Telegraphendienst.

Von 10. Februar ds. Js. an werden die Einschränkungen der Fernsprech- und Telegraphendienstzeit wieder aufgehoben. Die Dienstzeit dauert also wieder bis 9 Uhr (Sonntags 7 Uhr) abends.

Ist die Hebung der Schafhaltung unpatentierbar?

Man schreibt uns: Laut Bericht von dem Rathhause der Stadt Calw (Calwer Tagblatt Nr. 24) hat ein Herr Gemeinderat Biskhoff mir die Ehre angetan, sich mit meiner Benignität zu beschäftigen; allerdings in nicht gerade beehrender Weise, denn er hat mir, weil ich mich der Haltung von Schafen mehr zuwende als er für nützlich hält, die patriotische Gesinnung abgesprochen. Um dieses Urteil zu fällen, sollte man sich doch darüber klar sein, ob die Produkte der Schafe (Fleisch, Wolle und Dung) volks- und landwirtschaftlich entbehrlich sind. Diese Frage dahin zu beantworten, daß sie ebenso, wenn nicht noch mehr, unentbehrlich sind, als die anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wird keines großen Nachdenkens bedürfen, denn die Kleidernot ist mindestens so groß, wie nicht größer, als die Brotnot; es kostet ja die Mütter mehr Mühe, ihre Kleinen vor der Kälte, als vor dem Hunger zu schützen. Unser Volk ist zur Beschaffung seiner Bekleidung ebenso auf seine eigenen Erzeugnisse angewiesen, wie in der Ernährung, dank der Erreichung eines Hauptkriegsziels Englands, Vertreibung der Deutschen von dem Weltmarkt. Nun ist aber der Hauptinlandsrohstoff zur Herstellung von Kleidern: Wolle, und um Wolle zu erzeugen, muß man Schafe haben. Der württemb. Schafbestand hat seit dem Jahr 1916 um sage und schreibe 27,6 Proz. abgenommen. Verständlich ist es, wenn man weiß, wie die württ. Schafhalter ihrer Weiberlöhne im alten Reichsland, der Pfalz usw. verlustig gegangen sind und bei uns keinen Ertrag fanden. Hier hat die Regierung und mit ihr die Textilindustrie eine Veräumnisünde begangen. Die Regierung hätte und muß noch dafür sorgen, daß in den Gemartungen, wo schon Schafweiden bestanden haben, wieder eine errichtet, daß der Wald in weitgehendster Weise dem Befahren mit Schafen freigegeben wird, namentlich daß die Kahlflächen ausgestockt und eine längere Reihe von Jahren unaufgeforstet bleiben. In hundert Jahren fragt niemand: warum ist der Baum erst 90 Jahre alt? Aber jetzt muß man darnach fragen, wie wir wirtschaftlich unabhängig werden. Veräumnis der Industrie ist, daß sie bei der Regierung nicht energisch diese Maßnahmen verlangt. Diese Erwägungen sind der Hauptgrund für meine Betriebsänderung; denn die vermehrte Schafhaltung bekämpft den Getreidebau nicht, sondern unterläßt ihn. Dieses werde ich zu beweisen suchen, wenn das Calwer Tagblatt die Güte hätte, mir gelegentlich einmal etwas Raum zu überlassen — (Herr Handelsmann hat uns bis jetzt noch keinerlei Einwendungen zugehen lassen, also konnten wir ihm auch keinerlei Raum zur Verfügung stellen. Für die Erörterung solcher Fragen steht ihm natürlich, so weit es unser Raum überhaupt gestattet, unser Blatt gerne zur Verfügung. Die Schriftl.). Liebersberg. Ulrich Hanselmann, Bauer.

Gefängnis auch für Verbraucher.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs und den Handel mit Schweinen. Um den Schleißhandel und die unerlaubten Schlachtungen zu unterbinden, enthält die Verordnung strenge Strafbestimmungen. Mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark wird u. a. bestraft, wer Fleisch ohne Karte abgibt oder bezieht, wer seine Fleischkarten an Personen außerhalb seines Haushalts überträgt, wer als Selbstverorger Fleisch aus Hauschlachtungen an anderen als an den Kommunalverband abgibt, wer Schweine über 25 Kilogramm an andere als an staatliche bestimmte Viehhandelsstellen abgibt, wer die vorgeschriebenen Anzeigen unterläßt oder fälscht, wer ohne Genehmigung Schlachtungen vornimmt um

Die Lohnfrage im Bäckergewerbe.

In den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Bäckergewerbe wurde eine Einigung erzielt, wonach die Gehellen wöchentlich 70—80 Mark Lohn bei freier Station (Anschlag 56 Mark in der Woche) erhalten. Dies ist die Ursache einer neuen Brotpreiserhöhung, die, wie wir hören, an die Verbraucher wieder große Forderungen bringt.

Ausstellung für Wasserbau und Binnenschifffahrt in Stuttgart.

In der Zeit vom 21. Februar bis 4. März findet im Landesgewerbemuseum zu Stuttgart eine großartig organisierte Fachausstellung für Wasserbau und Binnenschifffahrt statt. Alle Arten ausgeführter und nicht ausgeführter Schleusen und Hebewerke und alle Gebiete des Kanal- und Flußbaues und der Binnenschifffahrt werden durch Modelle vertreten sein.

* Oberlöblich, 7. Febr. Auf den 1. Februar d. J. ist unser Ortsvorsteher Friedrich Schnürle aus Alters- und Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurückgetreten. Mehr als 23 Jahre lang hat er sein, bei dem geringen Gemeindevermögen und den hohen Steuerlasten doppelt schweres Amt, treu und gewissenhaft versehen und sich namentlich durch die Einrichtung der öffentlichen Wasserversorgung in der ganzen Gemeinde bleibende Verdienste erworben. In einer besonderen Abschiedsfeier des Gemeinderats wurde den Gefühlen des Dankes namens der Gemeinde Ausdruck verliehen.

Für die Schriftl. verantw.: A. Bertr.: H. O. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Blöchlger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt.

**Städtische
Lebensmittel-Versorgung.**
Am Mittwoch, den 11. ds., vor-
mittags von 8-12 Uhr können die
beantragten Mehl- und Weizen-
Scheine abgeholt werden.

Teinach, den 9. Februar 1920.



Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten
die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau,
unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin
und Tante

Ernestine Schwenk,

geb. Fuchtmann,

nach längerem schweren Leiden im Alter von
31 Jahren am Samstag mittags 2 1/2 Uhr sanft
einschlafen ist.

Im Namen d. trauernden Hinterbliebenen:

der Gatte: **Adolf Schwenk,**
die Eltern: **Joh. Fuchtmann,**
Gemeindepfleger.

Beerdigung Dienstag nachmittags 2 Uhr

Unsere Geschäftsstelle ist bereit
**Gaben für
die Grenzspende**
in Empfang zu nehmen und
weiterzuleiten.

**Molkereigenossenschaft
Oberhangstett e. G. m. u. H.
Bilanz pro 1919.**

Aktiva	M	S	Passiva	M	S
Kassenbestand	1114	73	Geschäftsquittungen	1268	40
Wert der Immo- bilien	1511	14	Referendofond	5496	09
Wert der Gerä- tschaften u. Ma- schinen	1922	11	Gewinn für heuer	244	14
Be- d Mobiliars	58	90			
Darlehen	1983	00			
Stille Res.	18	75			
Verbrauchsgegen- stände	400	07			
	7008	63			7008.63

Mitgliederstand am 31. Dezember 1919: 71.
Oberhangstett, den 6. Februar 1920
Vorstand: Holzäpfel, Koller.

**Kaufe jedes Quantum gesunde
Tafel-Äpfel**
Röhm-Dalcolmo, Marktplatz.

**Landwirte, Kleintierzüchter,
Geflügelzüchter!**

Wer gesunde, tüchtige Tiere haben will, nehme
zur Aufzucht die knochenbildende, nährsalzhaltige

„Phosphatine“
Alleinige Niederlage: „Neue Apotheke“.

**Stockholz, Brügel-
Holz, Scheiterholz**
zu kaufen gesucht.

Angebote frei Waggon erbeten.
P. Lemppenau & Co., Hoefen a. Enz.

Schwäbische Volksbühne

in Verbindung mit dem Württ. Landes-Theater.
Leitung: Ernst Martin.

**Gastspiele in der Seminar-Turnhalle
in Nagold.**

Samstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr
„Die deutschen Kleinstädter“.

Lustspiel in 4 Aufzügen von Aug. von Rozebue.
Sonntag, den 15. Februar, abends 7 Uhr
„Nathan der Weise“.

Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
Montag, den 16. Februar, abends 7 Uhr
„Maria Magdalena“.

Ein bürgerliches Trauerspiel in 3 Aufzügen von Friedr. Hebel.
Preise der Plätze: 1. Platz Mk. 4.50, 2. Platz Mk. 3.30,
3. Platz Mk. 2.20, inkl. Tageszettel und Programmschrift.
Vorverkauf vom 10. Februar an bei der G. W. Zäffer'schen
Buchhandlung, Nagold.

Der Kleinkinderrettungsverein in Stuttgart
sucht Kosthänser

f. Kinder v. einigen Wochen bis zum 4. Lebensjahr!
Anträge mit Kostveranschlagungen an die Vorsteherin
S. Menzel, Heustiegstraße 62.

**Remy-
Reis-Stärke
Hoffmann's Stärke**
empfiehlt
Ch. Schlatterer.

U m t a u f c h
eines schönen
**Kastens gegen
Koffer.**

Stürner, Teuchelweg.
**Infanterie-
Stiefel**

verkauft
Kurz, Neuhengstett.
Schwarzer

**Hochzeits-
Anzug,**
mittlere Größe, preiswert zu
verkaufen.
Hermann Rühle,
Schneidern, Zwinger 300,
Calw.

Neubulach.
**1 Zucht-
Rind**
hat zu verkaufen
Friedrich Blaid.

Siehdichfür.
Verkaufe 2 starke
**Läufer-
schweine**
Johannes Schlect.

**Goldschmieds-Lehrlinge,
Polierweiser-Lehrmädchen**

werden bei gründlicher Ausbildung
auf Ostern angenommen.

Karl F. Kappler, Schmuck- u. Wfzheim,
Pfälzerstraße 1, neben dem Bahnhof.

Unsere Geschäftsstelle ist über die Mittagszeit
von 12-2 Uhr geschlossen.
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Die glückliche Geburt
eines
Jungen
zeigen an
Hermann Georgii
und Frau Amalie,
geb. Schmid.

**Kirchen-
Gesangverein.**
Dienstag, 10., Männer-
stimmen.
Freitag, 13., Frauen-
stimmen.
Montag, 16., ganzer Chor.

Gesucht!
Eine gut gebaute
Villa
mit ca. 8 Zimmern und
Beranda mit allem Com-
fort der Neuzeit ausgestattet,
in geschützter Lage mit ca.
6 Mar. Garten zu kaufen.
Angebote zu richten an
Dr. Färber & Koch, Archi-
itekten, Stuttgart, Birken-
straße 2.

**Gesucht werden
Räume**
zum Unterbringen von
Möbeln (einer größeren
Wohnungseinrichtung).
Angebote unter C. L. 30 an
die Geschäftsstelle des Blattes
erbeten.

**Klavier-
Unterricht.**
Wer würde einem schon
ziemlich weit fortgeschrittenen
jungen Manne Klavierunter-
richt erteilen?
Angebote sind an die Ge-
schäftsstelle des Blattes unter
C. M. 31 zu richten.

Eine 2reihige, echte Bozener
**Zieh-
harmonika,**
3chörig, mit 10 Bässe, fast
wie neu, hat zu verkaufen
Chr. Müste, Liebenzell.

Futterkalk
erhöht die Freßlust,
Schweinemast
gibt vollstetige, fette
Schweine

Milchpräparat
erzeugt reichliche, gute Milch.
Nur zu haben:
Neue Apotheke.

Ein ehrliches, fleißiges
Mädchen
für Küche und Haus sucht
auf sofort oder 15. ds. Mts.
Frau Luise Maurer,
Pforzheim, Zerennerstr. 4611.

Ein jüngeres, fleißiges
Mädchen
in gute Stelle zum baldigen
Eintritt bei guter Verpflegung
und Lohn gesucht.
Frau H. Heck,
Pforzheim, Blumenstr. 3.

Zuverlässige
**Köchin und
Zimmermädchen**
bei hohem Lohn und guter
Behandlung auf 1. März
gesucht.
Frau Theodor Hansch,
Pforzheim, Böhlerstr. 7.

Fußball-Verein Calw.
Dienstag, 10. ds. abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
im Restaurant zur „Bürgerstube“. Der Vorstand.

**Landwirtschaftliche
Maschinen**
und
Geräte aller Art
sowie
Siebe und Drahtwaren
empfiehlt
Gg. Wackenhuth.

Wollene leinene und prima
wasserdichte Pferdendecken,
aus Sanitätszelten geschneitten, sind wieder lieferbar u. empfiehlt
D. Gulde's Nachfolger, Kronengasse.

Selten günstige Gelegenheit!
Nur wegen Gehörleiden verkaufe oder vertausche mein
Geschäftshaus

mit massivem Hinterhaus und Backsteinplanke, großen
Hof, Remise und Garten, Laden, Werkstatt und Magazin.
Geschäft ist noch 2 Jahre fest vermietet. 5 Mietpartieen
auf 400 qm groß, gegen kleines, nettes

Anwesen
mit größerem Garten oder ähnliches, passend für christliches
Heim in Calw od. Oberamt mögl. Bahnstation. Es
könnte evtl. sofort eine sehr schöne

3 Zimmer-Wohnung
in Tausch genommen werden.
Verkaufe sehr billig (Friedenspreis). Vermittler verbeten
Otto Metzger, Sattlermeister, Ludwigsburg,
Seestraße 47 11

Habe einige Waggon Angerssen
zu verkaufen, per Zentner ca. 15 Mark,
Röhm-Dalcolmo, Marktpl.

Gewandter Eisendreher
sofort gesucht.
Harry a Wengen, G. m. b. H., Maschinen-
Fabrik, Talmühle.

Suche für sofort oder
Ostern
**2 Kunstgießer-
Lehrlinge**
bei günstigen Bedingungen
und tüchtiger Ausbildung.
Kunst- und Feingießerei
Carl Zachmann, Pforz-
heim, Lurnstraße 6.

Suche ein
Mädchen,
das selbständig kochen kann.
Frau Ernst Schall.

Mädchengesuch.
Für 15. ds. oder später
tüchtiges Mädchen, das
kochen kann, gesucht.
Näheres bei
Sel. Heager, Liebenzell.

Ein Fräulein vom Lande
im Alter von 23 Jahren
**sucht
sich eine Stelle**
auf 15. März, wo ihr Ge-
legenheit geboten ist, das
Kochen gründlich zu erlernen.
Angebote unter S. 32
an die Geschäftsstelle des
Blattes.

Ein
**Dosenmacher-
Lehrling**
mird bei gründlicher Aus-
bildung auf Ostern gesucht.
Otto Dürr, Pforzheim,
Holgartenstr. 19.

Hausbursche
gesucht
Neue Apotheke.

Knecht gesucht
Jüngerer fleißiger Bursche
f. Landwirtschaft sofort gesucht
Fritz Gloß, zum „Hirch“,
Monakam, St. Liebenzell.

**Kaufe fortwährend
Gold- und
Silbergeld**
zu den höchsten
Preisen.
Carl Eppinger,
Uhrmacher, Badstr. 345